

Verschärfte Regeln für Internetcafes

Paiboon Wattanasiritham, Abgeordneter des Premierministers und gleichzeitig Minister für Entwicklung und Bürgerschutz, will seine verbleibende Amtszeit bis Dezember 2007 nutzen, um den Schutz von Kindern im Internet voranzutreiben. So soll eine Kommission eingesetzt werden, die zukünftig bestimmte Internetspiele und Websites stärker kontrolliert. Außerdem sollen die persönlichen Daten von Kindern besser geschützt, und die Gesetze für Internetcafes verschärft werden. Das Komitee wird bis Ende November 2007 einen Regelkatalog verfassen, der verhindern soll, dass persönliche Daten von Kindern, wie Alter, Adresse, Telefonnummer und Fotos von Internet Providern und Websiteanbietern veröffentlicht werden. Somit soll die Ausbeutung von Kindern durch Hilfe des Inter-

nets verhindert werden, so Paiboon. Internetcafes sollen unter der Aufsicht des Bildungsministeriums stehen und brauchen zukünftig eine offizielle Lizenz. Die »White-Internet«-Kampagne soll dafür sorgen, dass sich lizenzierte Internetcafes durch einen Sticker von anderen unterscheiden können. Derzeitig nutzen über sechs Millionen jugendliche Thais das Internet und die Zahl der Neueinsteiger bei Internetspielen steigt monatlich um circa 2.500. Neben einer Altersbegrenzung für bestimmte Websites und Internetspiele, soll auch eine für Fernsehprogramme geschaffen werden, die sich an den Inhalten der Programme orientiert und hierbei nach den Kriterien Sex, Sprache und Gewalt erstellt werden soll.

vgl. BP 4.11.07

Verhaftungen

Die Polizei von Yala verhaftete Anfang November 13 verdächtige Personen, von denen sechs an den Bombenanschlägen auf einem Markt in Yala, die sich einige Tage zuvor ereignet hatten, beteiligt gewesen sein sollen. Sieben der dreizehn 13 Verdächtigen sollen Verbindungen zu anderen militanten Gruppen haben und bereits an vorherigen Anschlägen beteiligt gewesen sein. Ein Ehepaar starb Anfang November 2007 in Yala,

nachdem Aufständische ihr Haus beschossen hatten, in Narathiwat lieferte sich ein Aufständischer eine Schießerei mit dem Militär. Auch in Pattani wurde Anfang November ein siebzehnjähriger Mann erschossen, als er auf seinem Motorrad nach Hause fuhr. Seit Anfang 2004 wurden im südthailändischen Krisengebiet über 2.600 Menschen getötet.

vgl. The Nation 4.11.07

Sonthi besorgt über Wahlbeteiligung

Anfang November 2007 zeigte sich Premierminister Sonthi Boonyaratglin besorgt angesichts der Wahlbeteiligung für die anstehenden Wahlen am 23. Dezember. Derzeit seien 40 Prozent der Bevölkerung nicht informiert über die landesweiten Wahlen, so Sonthi auf einem Treffen des Regierungskomitees, verantwortlich

für eine Kampagne gegen Wahlstimmenkauf. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die Wahlbeteiligung bei über 70 Prozent liege, denn nur durch eine hohe Wahlbeteiligung sei eine effektive Maßnahme gegen den Stimmenkauf gegeben, so der Premierminister.

vgl. BP, 2.11.07

Wirtschaftsabkommen geschlossen

Am ersten 1. November 2007, gleichzeitig 120ster offizieller Jahrestag der thailändisch-japanischen Beziehungen, schlossen die beiden Länder das *Japan – Thai Economic Partnership Agreement* (JTEPA) ab. Festgelegt wurden Bestimmungen zum Warenaustausch, Dienstleistungen und Investitionen. Das Abkommen soll die Konkurrenzfähigkeit beider Länder stärken. Japan ist Thailands wichtigster Handelspartner: 20 Prozent aller thailändischen Importe kommen aus Japan, 15 Prozent seiner Exporte gehen nach Japan. Außerdem ist Japan mit einem Drittel bis hin zu der Hälfte aller Investitionen der größte ausländische Investor. Thailand ist indes nicht so bedeutend für die japanische Wirtschaft, das Handelsvolumen beläuft sich auf drei bis vier Prozent des gesamten, japanischen Handelsvolumens. Des Weiteren wurden Zollsenkungen vereinbart, so wird der Einfuhrzoll für japanische Waren bis 2024 auf 0,17 Prozent und für thailändische Waren bis 2019 auf 0,55 Prozent gesenkt. Außerdem wollen beide Länder bei den Dienstleistungen neue Bereiche für den Handelspartner öffnen.

vgl. BP, 2.11.07

Kein neuer Coup

Oberbefehlshaber des Militärs, Anupong Paochinda, teilte Anfang November 2007 mit, dass es auch bei einem Wahlsieg der *People Power Party* (PPP), die die alten Machtstrukturen der Regierung unter Premierminister Thaksin Shinawatra neu aufleben lassen will, keinen erneuten Coup geben wird. Die Armee werde sich bei den anstehenden Wahlen im Dezember neutral verhalten, auch wenn die PPP die zukünftige Regierung stellen sollte.

vgl. BP 3.11.07

Versicherungen bemängelt

Immer mehr südthailändische Unternehmer beschwerten sich über Probleme, eine Versicherung zu finden, die im Falle eines Terroranschlags die Unternehmen finanziell entschädigt und ihnen eine entsprechende Versicherung anbietet. Santi Vilassakdanont, Vorsitzender der *Federation of Thai Industries* (FTI), beanstandete, dass Versicherungsunternehmen, die eine Versicherung im Falle terroristischer Anschläge anbieten, zu komplizierte Konditionen haben. Das Kabinett verabschiedete im März 2006 eine Regelung, nach der Unternehmen in den besagten Provinzen im Falle eines Terroranschlags eine Versicherungsentschädigung von 80 Millionen Baht (ca. 1,75 Millionen Euro) erhalten müssten, jedoch auch 0,5 Prozent bis zwei Prozent höhere Versicherungsbeiträge zahlen müssten. Bis jetzt haben bereits 66 Betreiber eine Summe von 8,7 Millionen Baht (ca. 190.000 Euro) beantragt, von denen bereits 3,7 Millionen (ca. 81.000 Euro) ausgezahlt wurden. Für die Versicherungsdeckung bei terroristischen Anschlägen müssen derzeit Beiträge bis fünf Prozent der zu versichernden Anlage gezahlt werden. Zu den gefährdeten Objekten zählen Shopping Malls, Flughäfen und Airlines, internationale Hotelketten, Fabriken und petrochemische Anlagen. Derzeitig leitet die *Bangkok Insurance* circa 50 Prozent der Versicherungen im Falle terroristischer Anschläge mit einem Umsatz von 100 Millionen Baht (ca. 2,2 Millionen) jährlich. Die Unternehmen im Süden müssen jedoch damit rechnen, dass sich die Versicherungssumme in Zukunft auf ungefähr maximal 50 Millionen Baht (ca. 1,1 Millionen) belaufen wird, wobei Rückversicherer bessere Konditionen erhalten sollen.

vgl. BP 6.11.07

Streit in Kuwait

Thailands Arbeitsminister will in naher Zukunft keine Arbeiter nach Kuwait schicken, und reagierte damit auf einen Zwischenfall vom November 2007, bei dem sich thailändische Arbeiter mit ägyptischen Arbeitern geprügelt hatten. Der Streit zwischen 200 thailändischen und ca. 300 ägyptischen Arbeitern hatte sich in einem Camp der Arbeiter zugetragen, nachdem alkoholisierte thailändische Arbeiter auf

den muslimischen Teil und dort in den Gebetsraum des Camps eingedrungen waren. Auch Offizielle der thailändischen Botschaft in Kuwait haben sich eingeschaltet, um die Inhaftierten rechtlich zu unterstützen. Vier Thailänder befanden sich nach den Streitereien im Krankenhaus, alle weiteren wurden in ein anderes Camp verlegt und sollen nun außer Landes gebracht werden.

vgl. BP 5.11.07

Kandidatenliste für Wahlen festgelegt

Am siebten 7. November 2007 legten achtzehn Parteien ihren Parteilisten-Kandidaten fest, der bei den Wahlen am 23. Dezember antritt. Begleitet wurde dies durch eine Zeremonie, bei der jede Partei einen Plastikball mit einer darin enthaltenen Nummer ziehen musste, diese ist fortan die Nummer der Partei in der Wahlliste. Die Demokratische Partei zog die Nummer vier, die in die Fußstapfen von Thaksin tretende *People Power Party* zog Nummer zwölf. Die begehrte Nummer eins wurde von der *Motherland Party* ge-

zogen, die sich ehemals als Verbündete von Thaksin sahen, sich mittlerweile jedoch von dem ehemaligen Premierminister distanziert haben. Thailands neue Verfassung sieht insgesamt 480 gewählte Parlamentsmitglieder vor, 80 hiervon müssen aus den Parteilisten gewählt werden, 400 gehen aus den Wahlkreisen hervor. Die thailändische Bevölkerung wählt somit am 23. Dezember einen Kandidaten aus der Parteienliste und einen lokalen Kandidaten.

vgl. BP 7.11.07

NV akzeptiert ASEAN-Charta

Die thailändische Nationalversammlung akzeptierte am 7. November 2007 mit 106 Zustimmungen und einer Enthaltung die ASEAN-Charta, behielt sich jedoch vor, ein Dokument, den *ASEAN Economic Community Blueprint*, für eine weitere Woche zu studieren. Somit kann Premierminister Surayud Chulanont das Dokument am 20. November im Rahmen des ASEAN-Treffens in Singapur unterschreiben. Auch für den Entwurf der ASEAN-Freihan-

delszonendokumente sieht Surin Pitsuwan, nominiertes ASEAN-Generalsekretär, gute Chancen. Entsprechend Artikel 190 der thailändischen Verfassung von 2007 muss die Regierung die Zustimmung der Nationalversammlung einholen, wenn sie Vereinbarungen mit anderen Ländern oder internationalen Organisationen treffen will. Durch die Charta soll die ASEAN zu einer auf Regeln basierenden Institution werden.

vgl. BP 8.11.07; The Nation 8.11.07

König wieder entlassen

Wegen Lähmungserscheinungen in seiner rechten Körperhälfte ist König Bhumibol am 13. Oktober 2007 in das Sirij Krankenhaus in Bangkok eingeliefert worden. Ursache waren Durchblutungsstörungen des Hirns.

Am 7. November verließ er mit einer Gehhilfe das Krankenhaus und wurde dort von tausenden Thais empfangen.

vgl. www.news.ch 8.11.07; BP 8.11.07